

Forschungs- und Innovationspolitik

Lebensmittel brauchen Forschung und Innovation

Industrielle Gemeinschaftsforschung

Kennzeichnend für die Ernährungsindustrie sind ihre mittelständische Struktur und die Existenz zahlreicher Familienunternehmen. Diese Unternehmen werden im globalen Wettbewerb nur dann bestehen, wenn es ihnen gelingt, sich mit innovativen Produkten, Prozessen und Dienstleistungen auf den internationalen Märkten zu etablieren. Ziel der Politik muss es deshalb sein, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, die es insbesondere mittelständischen Unternehmen erlauben, in Forschung und Entwicklung zu investieren.

Regulatorische Vorgaben, die die Anwendung neuer Technologien, die Entwicklung neuer Produkte, wie z.B. funktioneller Lebensmittel, oder ihre Vermarktung behindern, gehören dabei auf den Prüfstand.



„Ohne Forschung ist Fortschritt nicht möglich! Die Mittel und Möglichkeiten für Forschung und Entwicklung sind jedoch gerade in unserer mittelständisch geprägten Lebensmittelindustrie sehr

begrenzt. Genau hier setzt die Industrielle Gemeinschaftsforschung an: Nah am Anwender – der Industrie – schafft sie Basislösungen für die Umsetzung, setzt Impulse für Innovationen und verbreitet Wissen für den Fortschritt. Industrielle Gemeinschaftsforschung ist für unsere gesamte Branche wirklich eine große Chance!“

Dr. Götz Kröner, Geschäftsführer, Hermann Kröner GmbH

Forschungsinvestitionen bedingen oft schon wegen ihrer Langfristigkeit ein hohes Risiko, das durch die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung wirksam abgefedert werden könnte, in jedem Fall aber von öffentlichen Fördermaßnahmen effizient flankiert werden sollte. Dies erfordert nicht nur einen Ausbau mittelstandsorientierter Förderprogramme, sondern gleichermaßen auch Planungssicherheit innerhalb der Projektförderung durch eine angemessene finanzielle Ausstattung und eine unbürokratische Abwicklung.

Innovationspolitik sollte sich nicht nur auf so genannte Zukunftsbranchen fokussieren, sondern muss ebenso auf traditionelle Wirtschaftsbereiche wie die Ernährungsindustrie und ihre Bedürfnisse ausgerichtet werden. Indirekte Fördermaßnahmen wie die Indus-

trielle Gemeinschaftsforschung (IGF) haben sich hierbei wegen ihres themenoffenen Charakters und ihrer branchenübergreifenden Nutzung als breitenwirksamste Instrumente der Technologiepolitik bewährt und sollten verstärkt gefördert werden.

Die Industrielle Gemeinschaftsforschung ermöglicht vielen mittelständischen Unternehmen erst, Forschung und Entwicklung zu betreiben. Sie fördert ihre Kooperationsfähigkeit sowohl untereinander als auch mit Forschungseinrichtungen, bettet sie in innovative Forschungsnetzwerke ein und leistet darüber hinaus einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Ausbildung qualifizierter Fachkräfte für die Industrie.

Grüne Gentechnik

Die Ernährungsindustrie fordert von der Bundesregierung (und der EU) Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, die Innovationspotenziale dieser Technologie zu nutzen. Angesichts der weltweit zunehmenden Verbreitung der Grünen Gentechnik wäre ein Verzicht auf diese wichtige Technologie im Hinblick auf die internationalen Verflechtungen und Handelsströme bei Rohstoffen und Hilfsstoffen für den Futtermittel- und Lebensmittelsektor de facto nicht mehr möglich, im übrigen vor dem Hintergrund der globalen Ernährungskrise unverantwortlich.

Die Ernährungsindustrie setzt sich für eine verantwortungsbewusste Weiterentwicklung und Anwendung der Grünen Gentechnik auf der Basis anerkannter hoher Sicherheitsstandards ein. Das europäische Zulassungsverfahren muss deutlich beschleunigt werden; die Unabhängigkeit der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) muss gewahrt bleiben, damit sich die Risikobewertung ausschließlich an objektiven, wissenschaftlichen Kriterien orientiert.




Eine umfassende Bewertung der Grünen Gentechnik kann nur unter Praxisbedingungen am Markt erfolgen. Interessierten Anwendern muss es ermöglicht werden, gentechnisch veränderte Produkte überhaupt zu erzeugen bzw. anzubieten. Die Wahlfreiheit für den Verbraucher muss dabei ebenso beachtet werden, wie die Freiheit für die anbietende Wirtschaft.

Die Kennzeichnungspflichten für gentechnisch veränderte Erzeugnisse wendet die Ernährungsindustrie selbstverständlich gesetzeskonform an. Diffamierungen oder sonstige Behinderungen der Vermarktung von rechtskonform erzeugten und in Verkehr gebrachten Produkten müssen allerdings mit den Mitteln des Rechtsstaates unterbunden werden.

Die Ernährungsindustrie fordert eine praktikable und dauerhafte Lösung der Problematik von Spuren in der EU nicht zugelassener, in Drittstaaten aber nach gleichwertigen Kriterien sicherheitsbewerteter GVO's.

Die augenblickliche Zurückhaltung der Verbraucher nimmt die deutsche Ernährungsindustrie ernst. Sie beteiligt sich aktiv an Kommunikationsmaßnahmen, die zu einer Verbreiterung der Wissensbasis führen und damit Vertrauen bei den Verbrauchern aufbauen; dies erwartet sie auch von der neuen Bundesregierung und von der deutschen Politik insgesamt.

BVE-Forderungen in Kürze

-  **Verstärkung der öffentlichen Förderung der Industriellen Gemeinschaftsforschung.**
-  **Innovationsimpulse für den Mittelstand.**
-  **Rahmenbedingungen, um Innovationspotenziale der Grünen Gentechnik auf Basis anerkannter hoher Sicherheitsstandards nutzen zu können.**